

Erscheint  
an allen Werktagen.  
Bezugspreis  
monatlich Dr.  
in der Geschäftsstelle 400.—  
in den Ausgabenstellen 425.—  
durch Zeitungsbücher 450.—  
am Postamt 440.—  
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Telnsprecher: 4246, 2273.  
3110 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigepreis  
f. d. Grundschriftseite im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens. 60.—M.  
Niederschlesien 180.—M.  
Für Aufträge aus  
Deutschland 400 M.  
im Niederschlesien 12.—M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Pozener Tageblatt (Pozener Warte)



# Pozener Tageblatt

(Pozener Warte)

## Pilsudskis Unterschriftverweigerung.

Die nun schon bald sieben Wochen dauernde Kabinettsskrise droht sich zu einer Staatspräsidentenkrise auszuwachsen. Die Rechte jedoch befürchtet einen etwaigen Verzicht Pilsudskis nicht allzu sehr, weil sie, wie der „Dziennik Poznański“ in seiner Donnerstag-Nummer sagte, einen „chronischen Zustand von Regierungslosigkeit oder einer Linkspartierung“ für bedeutend gefährlicher ansieht. Jedenfalls ist die Lage durch die Unterschriftsverweigerung Pilsudskis durchaus nicht besser geworden. Von Seiten der Linken und der Mittelparteien werden weitere Schritte des Staatspräsidenten erwartet. Die Wyzwolenie-Gruppe hat den Vorschlag gemacht, die Einberufung des Haupptausschusses in Erwägung zu ziehen. Die gemäßigten Parteien sind jedoch gegen eine Einberufung des Haupptausschusses, da sie der Meinung sind, daß dieser das Seinige getan habe, indem er zum Ministerpräsidenten einen Kandidaten designierte, der nicht gestürzt sei, da er nur in der Zustimmung des Sejm durch die Abstimmung über das Vertrauensvotum gestürzt werden könne. Die Linksparteien sind ebenfalls gegen den Vorschlag der Wyzwolenie-Gruppe. Die Argumente für ihren Standpunkt sind jedoch anderer Natur. In den Kreisen der Mittelparteien tritt immer deutlicher das Bestreben zutage, ein Zentrum zu schaffen, das eine Regierung der Verständigung bilden könnte. Die Mittelparteien sind sich dessen bewußt, daß durch die gegenwärtig bestehenden zwei Blöcke, zu denen die radikalsten Parteien gehören, die Kabinettsskrise nicht liquidiert werden kann. Zu dieser Sicht haben schon Verhandlungen begonnen. Am Donnerstag konferierte der Abg. Moraczewski mit den Vertretern des Klubs für Verfassungsarbeit. Die Teilnahme der Linken an den Verhandlungen mit dem Zentrum wird dann möglich sein, wenn es feststeht, daß der Klub für Verfassungsarbeit an keiner Aktion teilnimmt, die zur Verzichtsleistung des Staatspräsidenten führen könnte. Bis jetzt ist hierüber noch keine Entscheidung gefallen. Eine größere Beweglichkeit zeigte die Linke, die aus der Rolle des passiven Zuschauers herausgetreten ist. Um 12 Uhr mittags begann eine Sitzung der Vertreter der Linksparteien, auf der die Berichte der Abg. Moraczewski und Witos über ihren letzten Aufenthalt im Belvedere-Palast entgegenommen wurden. Aus dem Bericht des Abg. Witos kann man den Schluss ziehen, daß er eine Liquidierung der Krise auf dem Wege der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts für möglich ansieht. Aus möglichen Kreisen ist jedoch der Abg. Witos darauf hingewiesen worden, daß dieses Konzept sich nicht ohne die Teilnahme der Nationalen Volksvereinigung durchführen lasse. Im weiteren Verlauf der Sitzung besaßte man sich mit dem Antrage der Wyzwolenie-Gruppe über die Notwendigkeit der Einberufung des Haupptausschusses zwecks Auflösung der Rechtslage, die dadurch geschaffen worden ist, daß Koranty zu seinen Auftraggebern zurückgeschickt wurde. Die Vertreter aller Linksparteien mit Ausnahme des Antragstellers sprachen sich gegen eine Forderung der Einberufung des Haupptausschusses aus, da sie der Meinung sind, daß das die Verhandlungen, die unter den Parteien beginnen sollen, erschweren würde. Damit wurde die Sitzung auf 8 Uhr nachmittags vertagt. In dieser Sitzung nahm man nach längeren Beratungen zwei Entschließungen an, die folgenden Wortlaut haben: 1. Der Block der Linksparteien erklärt, daß er jetzt wie zuvor die Initiative der Bildung der Regierung durch den Staatspräsidenten als die eigentliche Beendigung der Krise ansieht. 2. Der Block der Linksparteien ermächtigt die Abg. Witos, Moraczewski, Chodziszki und Stapiński, mit den Mittelparteien Verhandlungen zu führen, die die Grundlagen für eine neue Regierung festlegen sollen.

## Vorläufig kein Rücktritt Pilsudskis.

Warschau, 21. Juli. Die Gerüchte, die sich gestern vormittag verbreitet haben, als ob das Resignations schreiben des Staatspräsidenten schon fertiggestellt sei, entsprechen der Wahrheit nicht.

## Keine Kundgebungen der Rechten.

Warschau, 21. Juli. Die auf gestern angekündigten Manifestationen der Rechten haben nicht stattgefunden. Der Nationale Volksverband, die Christliche Demokratie und die Dubanowicz-Gruppe haben sich darauf beschränkt, die Entschließung, die in den von den verschiedenen christlichen Organisationen veranstalteten Versammlungen gefasst wurden, zu veröffentlichen.

## Pressestimmen.

Der „Kurjer Poleski“ äußert sich zu der jetzt entstandenen Lage in einem Leitartikel unter der Überschrift: „Polen oder Pilsudski?“, in dem er von einem Konflikt zwischen dem Recht und dem Eigenwillen spricht. Er schreibt dort: „Das Recht wird mit Füßen getreten von dem Manne, der schon „Kraft seines Amtstitels“ der erste Wächter und Vollzieher des Rechts“ sein müsse“. Das ist ein Konflikt, dessen Genesis sich nur mit den starken Verschiedenheiten der geistigen Struktur derjenigen deutet läßt, die sich zur polnischen Nationalität rechnen und die polnische Sprache fließend sprechen. Geographisch, traditionell und der ererbten Kultur nach sind wir ein Volk von westlicher, römischer Kultur. Unsere hundertjährige Knechtschaft bewirkte jedoch, daß ein bedeutender Teil des polnischen Volkes den kulturellen Einflüssen der Großermeisterei, besonders den russischen Einflüssen unterliegt, byzantinischen Einflüssen, sich geistig entnationalisiert, sich des westlichen Rechtsgefühls entäußert und dem östlichen Geiste des Eigentümens und der Anarchie unterliegt. Das ist sicher überaus bedauerlich, aber um einen Ausweg aus unserer verzweifelten Lage zu finden, muß man sich dieser Lage voll und ganz bewußt werden. Man muß sich außerdem darüber klar werden, daß dieses Mit-Zühen-Treten des Rechts, besonders durch diejenigen, die des Rechtes erste Hüter und Vollzieher sein müssen, um so schrecklicher ist, als wir uns doch noch im Zeitraum der Gründung unseres Staates befinden, der aufs neue entstehend und aus drei Teilen der Vereinigung zusammensetzung, sich sogar bei Kernpolen Autorität und Macht vor den Rechten erringen muß. Wie kann man Achtung vor den Gesetzen fordern, wenn diejenigen, die ihre Güter und Vollzieher sein müssen, sie nur so weit anerkennen, als sie ihnen genehm sind und ihren Gedankengängen entsprechen? Was soll man sagen von den moralischen und materiellen Verlusten, welche der Staat und seine Bürger durch diese schändigen Sieberschauer erleiden? Sieberschauer, die vom Eigenwillen herverufen sind, wo die Existenz des Staates selbst ge-

fährdet ist! Die Lage ist derart, daß man heute nicht von einem Ernst der Lage, sondern von einer drohenden Lage sprechen kann. Die nächsten Tage werden bestimmt darüber entscheiden, ob wir den Weg einer geheimnäßigen Regierung, den Weg der Entwicklung und des Wohlstandes betreten werden, oder ob wir uns in die Tiefe ziehen lassen, um im besten Falle in den Formen eines eigenen Staatsweises vom Befehl Perfens und Afshans zu vegetieren und wiederum zu jenem „Haus der Einkehr“ wie im 18. Jahrhundert werden. Die Frage, ob diese oder jene Seite in diesem Streit siegen wird, kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Der Sieg der einen oder der anderen Seite wird nur eine Lösung des Hauptproblems sein: ob das Recht oder der Eigenwillen in Polen regieren wird. Es ist möglich, daß schwache Leute, Menschen ohne Charakter, sich vom Terror einschüchtern lassen und seinem Einfluß unterliegen. Es handelt sich hier darum, ob das Volk als solches in seiner Kreativität und in seiner Wehrhaftigkeit gesund ist, von der Fäulnis noch nicht angegriffen, die vom Osten kommt, ob es leben will und verstehen wird, frei zu sein. Diese Frage steht heute vor dem ganzen Volke. Auf sie müssen wir alle und jeder von uns mit seinem National- und Bürgerbewusstsein antworten. So oft hört man heute, daß wir noch niemals das wahre Hochgefühl unserer Unabhängigkeit empfunden hätten, jenes Hochgefühl, nach welchem sich hundert Jahre hindurch ganze Geschlechter vor uns in Blut und Mühen verzweifelt sehnten. Es ist in Wirklichkeit so, aber es ist so, weil wir heute wohl einen Staat haben, jedoch die Okkupation der Großermeisterei in die Okkupation der Elemente umwandeln, welche Polen nicht auf einen klaren und geraden Standpunkt des Nutzens der Größe und Entwicklung bringen, sondern es in die Tiefe ziehen, einem völligen Verfall entgegen, wie jenes polnische Element der Anarchie im 18. Jahrhundert — vor den Zeiten. Wir erörterten die Frage: „Polen oder Pilsudski?“ Wenn es auch unangenehm ist, folche Fragen anzuschneiden, so tun wir das nicht deshalb, um auf billige Art Freude zu verbreiten, sondern wir sprechen mit dem tiefen Glauben an das Volk unsere unerschütterliche Überzeugung aus, daß Polen aus diesen leichten Sieberschauern heute oder morgen siegreich hervorgehen wird.“

Der „Kurjer Poleski“ beschäftigt sich mit der Frage, wie nach dem Vorhergegangenen das kommende Kabinett aussiehen müsse und schreibt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses weder ein Koalitionskabinett, noch ein Kabinett der utopistischen Verständigung aller Parteien unter sich sein kann. Aber andererseits muß vor Fehlern anderer Art gewarnt werden. In einer seiner Konferenzen mit den Parteitretern soll der Staatspräsident angeblich gesagt haben, daß er nicht danach strebe, eine Pilsudski-Regierung, sondern eine Staatspräsidenten-Regierung zu bilden. Wir müssen dieser These eine Änderung beifügen. Die Regierung, welche gebildet werden soll, müßte sein eine Staatsregierung und keine Regierung des Staatspräsidenten. Dieses schließt bei weitem nicht aus, daß zwischen dem Staatspräsidenten und dieser Regierung Einmütigkeit herrschen kann und herrschen müsse. In jedem Falle aber darf bei der Bildung des neuen Kabinetts nicht der neue Fehler des vergangenen Stadiums wiederholt werden, ein Fehler, der durch die Berufung des Sliwiński-Kabinetts begangen wurde. Dieses Kabinett hatte gerade allgemein den Eindruck erweckt, daß es eine Regierung Josef Pilsudski sei, und darum nehmen wir an, daß man nach den Versuchen einer Verständigung über die Grundlagen der Regierungsbildung endlich einmal den Versuch unternommen müsse, sich über den Ministerpräsidenten und das Kabinett zu verständigen. Es ist Zeit, daß man die Irrwege verläßt und gerade Wege beschreitet.“

## Die Parteien im Sejm.

Der gegenwärtige Bestand der Sejmgruppen ist:

### A. Rechsparteien:

1. Nationaler Volks-Verband (B. L. R.)	80 Sitze
2. Christlich-nationale Arbeitspartei (Ch. D. oder N. Ch. K. R.)	27 *
3. National-christliche Volkspartei (Dubanowicz-Gruppe)	23 "
4. Nationale Volksvereinigung (Stolski-Gruppe — N. Zi. L.)	45 "
5. Politisch-katholische Volkspartei	7 "
6. Konservative Partei (Verfassungsklub — K. P. K.)	16 "
7. National-fortschrittliche Partei (Bürgerliche Vereinigung — B. M.)	11 "

zusammen: 209 Sitze

### B. Linksparteien:

8. Polnische Volkspartei (Piast- oder Witos-Gruppe — P. S. L.)	90 Sitze
9. Wyzwolenie-Gruppe	24 "
10. Stapiński-Gruppe (P. S. L. Lewica)	11 "
11. Nationale Arbeiterpartei (N. P. R.)	22 "
12. Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.)	34 "
13. Otwo-Gruppe	1 "
14. Kommunistische Arbeiterpartei Polens	1 "
15. Volksliste (Wilnagebiet)	5 "

zusammen: 188 Sitze

### C. Minderheitsparteien:

16. Deutsche Vereinigung	7 "
17. Jüdischer Verband	10 "

zusammen: 17 Sitze

Außerdem gibt es noch 14 „wilde“ Stimmen, von denen 9 rechtsgerichtet und 5 linksorientiert sind. Zu diesen „Wilden“ sind bereits jene 3 Sejmabgeordneten gezählt, die gelegentlich der Abstimmung für das Kabinett Sliwiński aus der Nationalen Arbeiterpartei ausgeschieden sind, um dem Rechtsblock beitreten zu können.

Im übrigen ist noch folgendes festzuhalten:

a) Der Nationale Volksverband (Nr. 1) hat eigentlich 82 Plätze, doch können nur 80 gerechnet werden, nachdem Starveli gestorben ist und M. Grabki auf sein Mandat verzichtet hat und beide Verluste nicht wieder ersetzt werden.

b) Die Kommunisten (Nr. 14) haben 2 Abgeordnete, doch kann dabei während seiner Haft sein Mandat nicht ausüben.

c) Die Wilnaer „Volksliste“ (Nr. 15) bildet als selbständige Gruppe einen Block mit der Nationalen Arbeiterpartei, während die übrigen 15 in Wilna gewählten Abgeordneten auf verschiedene Parteien verteilt sind.

d) Die „Deutsche Vereinigung“ (Nr. 16) hatte ursprünglich 8 Mitglieder. Es fehlt jetzt der Abg. Fries, der sich der Bürgerlichen Vereinigung (Nr. 7) angeschlossen hat.

Nach dieser Berechnung verfügen demnach heute der Rechtsblock über 218, die Linke mit den Minderheiten über 210 Stimmen. Wenn der „Wilde“ Baderewski aus Amerika zurückkommt, hat die Rechte noch einen Mann mehr.

## Deutschlands Zahlungen.

### Poincarés gegen das Moratorium.

Paris, 20. Juli. Poincaré hat an die Reparationskommission eine Denkschrift gesandt, in der er nach den Mitteilungen der hiesigen Blätter erklärt, über das Moratorium würde erst sprechen sein, wenn eine vollkommen zuverlässige Kontrolle über die deutsche Finanzwirtschaft eingerichtet sein würde. Und erst eine solche Aufsicht würde Anleihen möglich machen.

### Neue Vorschläge.

Paris, 20. Juli. In einem offenbar inspirierten Artikel des „Temps“ werden folgende Maßnahmen zum Schluß der Interessen der Alliierten gefordert: 1. Das Vorrecht, das der § 248 des Vertrages den Verbündeten auf alle Einnahmen des Reiches verleiht, müsse durch Unterpänder geschert werden; 2. wenn es absolut notwendig sein sollte, müßten ein oder zwei Monatszahlungen gestundet werden, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, die langen Finanzreform vorzunehmen und um eine sichere Kontrolle einzuführen. Es müsse aber abgemildert werden, daß die Reparationskommission am Ende dieser kurzen Aufsicht eine etwaige Vertragsverletzung Deutschlands feststellt.

### Poincarés Reise nach London.

Paris, 21. Juli. Neben der eben eröffneten entscheidenden Beratung der Reparationskommission steht Poincarés Reise nach London wieder im Vordergrund des Interesses. Der Eindruck, daß Poincaré zu größerem Entgegenkommen gegenüber dem englischen Wunsch einer möglichst baldigen Zusammenkunft bereit ist, wird bestätigt durch einen offenbar inspirierten Artikel des „Journal des Débats“, in dem die These der Gegner der Londoner Reise entschieden zurückgewiesen wird. Das Blatt betont, daß Poincaré es für unbedingt erforderlich hält, vor der Beratung mit Lloyd George über die Vorschläge und Feststellungen des Garantiekomitees unterrichtet zu werden. Er bezeichnet es als nicht schlecht, wenn der Ministerpräsident seiner Unterhaltung auch die Auffassung der Reparationskommission kennen lerne, läßt aber keinen Zweifel darüber bestehen, daß ihm dies nicht unbedingt erforderlich erscheint. Das „Journal des Débats“ führt weiter aus, es sei nicht möglich, Poincarés Londoner Reise davon abhängig zu machen, daß die Reparationskommission ein verschuldetes Verfugen Deutschlands feststelle und auch die anderen Wünsche Frankreichs erfülle. Man müsse mit der Eventualität rechnen, daß die Kommission im allgemeinen solche Beschlüsse fasse, die den französischen Thesen zuwidern. Nicht wäre für Frankreich gefährlicher, als wenn die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten unter solchen Umständen von Poincaré abgelehnt werden würde. „Journal des Débats“ erklärt es als notwendig, daß Poincaré und Lloyd George möglichst bald zusammenkommen, ohne Rücksicht auf die eventuelle Stellungnahme der Reparationskommission. Frankreich habe jetzt Gelegenheit, die Initiative zu ergreifen. Poincaré müsse Lloyd George offen das französische Programm darlegen und die Regelung der interalliierten Schulden entsprechend vorschlagen, sowie wirksame Maßnahmen für die Sanierung der Finanzen Deutschlands fordern, damit die internationale Anleihe möglich werde. Sobald Frankreich für die Ausführung dieses rationalen und gemäßigten Programms nicht die Unterstützung der Verbündeten finde, so müsse es sich die Freiheit vorbehalten, Deutschland gegenüber auf eigene Faust zu handeln. England werde aber sicherlich einsehen, daß es den Interessen Englands und Europas entspreche, wenn Frankosen und Engländer das Reparationsproblem gemeinsam lösen.

### Die Beurteilung in England.

Rom, 21. Juli. Eine Londoner Delegation der „Gazette del Popolo“ fragt, zum ersten Male, verlangt die ganze öffentliche Meinung Englands ein, daß Frankreich im eigenen wie im europäischen Interesse die furchtbare Reparationslast Deutschlands herabsetze. Eine solche Einmütigkeit sei eine Tatsache, die auf die englisch-französischen Verhandlungen über diese Frage nicht geringen Einfluß ausüben könne. Die französische Intransigenz in der Reparationsfrage habe hauptsächlich auf der durch die „Times“ und die „Morningpost“ gehäkten Überzeugung beruht, daß das maßgebende England auf Frankreichs Seite stehe, um die bündelbare Durchführung des Verfaßter Vertrags zu erzwingen. Jetzt müßte Frankreich erleben, daß die Absicht der englischen Regierung, eine teilweise Revision des Verfaßter Vertrags vorzunehmen, sogar von der ultraconservativen englischen Presse aufs höchste unterstützt werde.

London, 21. Juli. Unter Hinweis auf die Bemerkung Lloyd Georges, es würde einen ernsten Nachteil für Großbritannien bedeuten, wenn es auf die ihm von anderen Ländern geschilderten Beträge verzichte, aber die Gelder

Schwierigkeiten Deutschlands schuld sind. Gewiß mögen die Barzahlungen, die seit 1921 geleistet worden sind, und für die fremde Devisen beschafft werden mußten, zur Entwertung der Mark beitragen. Aber eine weitere Ursache ist in den wirtschaftlichen Methoden zu finden, die Deutschland seit richtig gehalten hat. England und Frankreich haben, jeder nach seiner Art, sofort nach dem Kriege versucht, Ordnung in ihre Finanzen zu bringen. Deutschland aber hat sich in geschäftliche und industrielle Unternehmungen großen Stils gestürzt und den niedrigen Stand der Mark als Mittel des Wettbewerbs gegen andere Staaten benutzt. Das muß aufhören. Ein Land, wenn es auch noch so wichtig ist, darf nicht Unordnung in den Organismus Europas bringen. Millet empfiehlt dann als Heilmittel für die Krankheit Europas: 1. die Erleichterungen der deutschen Verpflichtungen; 2. die schon erwähnte Kontrolle Deutschlands durch einen Aufsichtsrat. Die letzte These ist unmöglich. Selbst wenn sie beschlossen werden sollte, wäre sie nicht durchführbar. Aber muß Millet nicht selbst angeben, daß seine These von dem Land, das Unordnung weit mehr auf Frankreich als auf Deutschland pakt? Versucht nicht Poincaré, die Entwicklung zum Besseren aufzuhalten, für die alle übrigen Regierungen Europas eintreten und die Frankreich nicht weniger notwendig hat als Deutschland?

## Calonder über seine Aufgabe in Oberschlesien.

Berlin, 27. Juli. In einer Unterredung erklärte Calonder: Ein Land in Oberschlesien vor allem not: Die Entwicklung der Bevölkerung haben und drüben und ein verstärkter polizeilicher Schutz. Weiter erklärte Calonder, daß nicht zum geringsten darin seine Aufgabe bestehen wird, auf ein Sichversöhnenlernen und eine Verjährung der beiden Sprachgruppen hinzuarbeiten. Abgesehen von den rein praktischen Dingen, wirtschaftliche Fragen und Minderheitenrecht ist seine Aufgabe also in weitem Umfang auch eine moralische.

## Eine Note Polens an die Ukraine.

Warschau, 21. Juli. Der Vertreter Polens in Charlottenburg, Herr Behrenhoff, überreichte dem sowjetukrainischen Volkskommissar des Auswärtigen, Herrn Jakowlew, eine Note, in der er auf die Unzulänglichkeit der Haltung einiger sowjetukrainischer Behörden hinweist, die unter den polnischen Rückwanderern, für die zu sorgen die vertragsmäßig übernommene Pflicht der betreffenden Behörden ist, eine polenfeindliche Agitation treiben mit dem Zweck, die Rückwanderung nach Polen zu verhindern. Die Note erhebt Einspruch gegen derartige Maßnahmen und fordert Untersuchung der Angelegenheit und Bestrafung der schuldigen Beamten.

## Das Ende der Haager Konferenz.

Haag, 20. Juli. In der gestrigen Vollsitzung der Haager Konferenz erklärte sich Litwinow bereit, seiner Regierung vorzuschlagen, sich zur Anerkennung effektiver Kompenstationen für nationalisiertes Eigentum, ferner zur Schuldenverlängerung sowie zur Richtbehandlung der Kreditfrage im Haag bereit zu erklären. Für die Erledigung dieser Rückfragen beantragte Litwinow eine Unterbrechung der Konferenz für acht Tage. Mit dieser Erklärung Litwinows haben die Russen die Forderung der Gegenseite nach neuen Tatsachen erfüllt. Schon in der Sitzung selber wurde dies durch den englischen Sprecher Freeman anerkannt, während Frankreich in Abrede stellte, daß es sich um neue Vorschläge handele. Litwinow sagte im einzelnen, es sei den Russen deutlich gemacht worden, daß im Haag keine Kredite erhalten sollten, weshalb er bereit wäre, bei seiner Regierung anzufragen, ob diese vor der Behandlung des Kreditproblems im Haag absehen wolle. Zugleich wolle er anfragen, ob Moskau bereit wäre, die Kriegs- und Kriegsschulden anzuerkennen und für die nationalisierten Güter Schadensersatz zu leisten. Die Schuldenbezahlung und die Schadensersatzzahlungen, über die mit den einzelnen Besitzern zu verhandeln wäre, würden dann binnen zwei Jahren in Gang kommen. Für diese Rückfrage nach Moskau benötigte er eine Woche Zeit.

Am Nachmittag darauf tagte eine Plenarsitzung der nichtrussischen Kommission. Diese faßte einstimmig eine Resolution, deren Ansatzsatz heißt: "Die nichtrussische Kommission beendet ihre Tätigkeit." Die Resolution fährt fort: Die Kommission nimmt mit Bekämpfung Pennantis von dem Vorschlag der Russen, ihrer Regierung den Inhalt der von Herrn Litwinow abgegebenen Erklärungen mitzutun. Die nichtrussische Kommission kann in diesen Erklärungen selbst keine Grundlage für eine Vereinbarung finden, aber sie stellt fest, daß diese Erklärung dazu diene, eine günstige Atmosphäre für spätere Verhandlungen zu schaffen.

## Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amerikanisches Copyright 1918 by Greiner u. Co., Berlin B. 30.  
(48. Fortsetzung.)

Machdruck untersagt.

Er hatte den Namen Eisler besonders betont und Senkenbergs Gesicht dabei scharf beobachtet.

Hempel fuhr fort:

"Sie begreifen, daß es wichtig wäre, festzustellen, wie die Schmuckstücke in den Besitz dieser Frau Nabl — so hieß die alte — kamen. Ob durch Kauf, Schenkung oder gar Diebstahl."

Auch der Name Nabl verhallte wirkungslos an den Ohren Senkenbergs, der überhaupt kaum auf die Worte seines Gastes zu achten schien.

"Um dies herauszubringen, wäre es aber nun von größter Wichtigkeit, Herr von Senkenberg, wenn Sie mir angeben würden, in welcher Weise Sie selbst sich von den Gegenständen trennten. Ich glaube, es würde mir dann nicht schwer fallen, Ihnen die Ohrgehänge wieder zu verschaffen."

Senkenbergs Blick schien wie aus weiten Fernen wieder in die Wirklichkeit zurückzukehren. Zugleich breitete sich ein Ausdruck innerer Qual und heftigen Kampfes über seine Züge aus. Lange blieb sein Blick dann auf Hempel ruhen.

"Nein!" sagte er endlich, den Kopf zurückwerfend, hastig. "Nicht jetzt! Nicht heute! Es ist zu viel — ich bin erschöpft."

Er kämpfte sichtlich mit Atemnot und tastete mechanisch nach der Klingel, die er in Bewegung setzte.

"Ich muß Sie bitten, mich zu verlassen — Mark wird — ach, da sind Sie ja, Mark," sagte er förmlich aufatmend zu dem eintretenden Kammerdiener, "führen Sie Monsieur Robin aus sein Zimmer. Ich will zu Bett gehen. Sie brauchen nicht mehr zu kommen. Ich bedarf Ihrer nicht mehr."

Hempel verbeugte sich.

"Und morgen? Werden Sie mir morgen —?"

"Nein! Bringen Sie mir den Schmuck... dann vielleicht..." Gute Nachhilfe! Und nehmen Sie einem alten nervösen Menschen seine Schwäche nicht übel... ich wollte Sie nicht fränken durch diese rasche Verabschiedung."

Iungen zu schaffen, die von den hier vertretenen Regierungen als erwünscht betrachtet werden. In der heute stattfindenden Schlußsitzung der nichtrussischen Kommission werden die Berichte der einzelnen Unterkommissionen vorgelegt werden. Eine gemeinsame Schlußsitzung mit den Russen scheint nicht vorgesehen zu sein.

## Das "Berliner Tageblatt" zum Abruch der Konferenz.

Zum Abruch der Haager Konferenz bemerkte das "Berliner Tageblatt": Das Ende könnte das Werk. Die Art, wie heute die Konferenz beendet worden ist, ist ihres Verlaufs würdig. Sie ist das charakteristische Beispiel der Regie und Theaterdiplomatie, die für die Nachkriegszeit so charakteristisch geworden ist. Aber diese Konferenz ist nicht einmal das beste Exemplar ihrer Gattung. Noch mehr als Byzanz hat auf dieser Konferenz Unfähigkeit und Nutzlosigkeit eine Rolle gespielt. Litwinow machte ein entscheidendes Zugeständnis, das erste, das überhaupt auf dieser nun mehr als drei Wochen währenden Konferenz gemacht wurde. Er erklärte sich nämlich unter Vorbehalt der Zustimmung Moskaus, bereit, über Eigentum und Schulden zu reden, ohne daß von der nichtrussischen Seite Zugaben über Kredite zu erfolgen brauchen. Bisher hatte die russische Seite die Präzisierung ihrer Zugeständnisse davon abhängig gemacht, daß die andere Seite zuerst spreche. Hierzu äußerte sich der Führer der britischen Delegation, Sir Philip Lloyd George sehr freudlich. Es fiel aber auf, daß der dann folgende Belgier Catier sich mehr zurückhielt und darauf Wert legte, daß eine Antwort von Moskau erst abgewartet würde, bevor man von den Vorschlägen überhaupt reden könne.

England ist in seinem Bestreben, zu einer Verständigung zu gelangen, auf ein absolutes Nein Frankreichs und Belgiens gestoßen. Die Italiener zeigten sich unsicher. Die übrigen Staaten, vor allem die nächstbefreitenen, wenn auch nicht meist interessierten Nachbarstaaten Russlands, wie Rumänien, wurden überzogen und vor die Tatsache einer "Einigung der Großmächte" gestellt. Das Mißvergnügen der übergangenen Delegationen nach Schluss der Sitzung war nicht schwer festzustellen.

Man konnte sich gleich nach der Sitzung, davon überzeugen, daß in der russischen Delegation diese Wendung keineswegs erwartet worden war. Die Mitteilungen von den letzten Herztagen wirkten überraschend. Der erste Eindruck im Orange-Hotel, der Wohnung der Russen, war, daß man nun in eine Periode der Einzelverhandlungen eintrete. Dieser Eindruck deckt sich mit dem, was man in nichtrussischen Kreisen jetzt für selbstverständlich hält. Auf russischer Seite scheint man mit dieser Aussicht gar nicht unzufrieden zu sein. Im Gegenteil scheint man hier die Einzelverhandlungen dem bisherigen Verfahren vorzuziehen. Daß aber der überraschende Schluß der Konferenz etwa angenehm berührte, ist sicher nicht der Fall. Im Grunde hat man den Russen die seit Ausbruch der Krise am vorigen Freitag so oft erwähnte offene Tür zugeschlagen, gerade als sie nach langem, vielleicht verhängnisvollem Bögern hindurchgehen wollten. Allgemein vertritt man innerhalb der russischen Delegation den Standpunkt, daß die heute morgen von Litwinow vorgeschlagene Grundlage durch den überraschenden Schluß der Konferenz hinfällig sei. Die Konferenz ist gescheitert, weil die solidarische Regelung des Verhältnisses Russlands zu den übrigen Staaten Europas gescheitert ist. Damit ist auch die Politik Lloyd Georges gescheitert. Vor einer großen, schnell wirkenden Aktion für die Rettung Russlands, wie sie nur durch ein gemeinsames Vorgehen Europas möglich wäre, kann keine Rede mehr sein. Dieses Ergebnis war vorauszusehen; schlimm ist es, daß das Geschehene nun wirklich eintritt.

## Das Programm des Völkerbundsrates.

Warschau, 18. Juli. Der "Pragelap Wieszorn" vom Montag veröffentlichte Depeschen aus London, in denen das Arbeitsprogramm der laufenden Session des Völkerbundsrates, der sich am 17. d. Mts. in London versammelte, enthalten ist. Vorsitzender ist Balfour, Frankreich wird durch Viviani an Stelle des erkrankten Bourgeois, Italien durch den Marquis Imperiali, Belgien durch Hammans, Japan durch den Grafen Ishii, Spanien durch Quinone de Leon, Brasilien durch da Cama, den brasilianischen Gesandten in London, und China durch den Londoner Botschafter vertreten. Weiter ist die serbische Delegation eingetroffen, deren Vorsitzender Boskovic ist. Da Serbien mit Unzern und Bulgarien mit Albanien Verhandlungen führen wird, sind auch die Vertreter dieser beiden Staaten zugegen. Die Interessen Rumäniens vertritt der rumänische Minister in London, Titulescu. Zur Verherrlichung über das Burgenland wird der österreichische Minister in London angezogen werden. Eingetroffen ist auch der polnische bevollmächtigte Minister Aszkenazy, da auf der Tagesordnung auch die polnisch-italische Frage steht. Diese Angelegenheit soll in völlig neuer Form behandelt werden. Die Vertreter Englands und Frankreichs in Warschau und Romano wurden vor kurzem vom Völkerbundsrat zur Meinungsäußerung bezüglich einer Inter-

vention gegenüber den Regierungen Litauens und Polens aufgefordert, wobei es sich um die Einstellung verbesserung der Gefangen und der Auswanderer beider Staaten handelt. In Verbindung hiermit steht auch der Entwurf des Völkerbundes über die Grenzregelung beider Staaten. Weiter sollen Angelegenheiten berührt werden, welche Palästina und Syrien, und auch die Praxis der finanziellen, wirtschaftlichen und den Verkehr betreffenden Beschlüsse der Genoa-Konferenz angingen. Die norwegische Regierung wird gegenüber dem Völkerbundsrat mit Vorschlägen über die dringendste Angelegenheit, nämlich die Lage Russlands gemäß der Denkschriften Nanjens, auftreten. Der Völkerbundsrat erhält größere Summen aus Amerika vom amerikanischen Roten Kreuz und vom amerikanischen Hilfskomitee für den nahen Osten zur Unterstützung der russischen Auswanderer, welche gegenwärtig auf dem Balkan weilen. Die Sitzungen des Völkerbundsrates werden etwa 10 Tage dauern. Die Tagesordnung umfaßt 23 Punkte, einer der wichtigsten ist die Angelegenheit der deutschen Minderheiten in Oberschlesien. Referent hierfür ist der Vertreter Brasiliens. Der Vertreter Chinas wird die Überweisung des Fonds für soziale Versicherung an die polnische Regierung durch Deutschland im Sinne des Kommissionsantrages besprechen. Basis dieses Antrages ist der Artikel 312 des Versailler Vertrages.

## Saar-Klagen beim Völkerbund.

Saarbrücken, 21. Juli. Die politischen Parteien des Saargebietes, die Deutsche Demokratische Partei, die Deutsch-nationale Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei sowie die diesen Parteien angehörenden Mitglieder des Landesrates richten folgendes Schreiben an den Völkerbundsrat in Genf: "Die Regierungskommission des Saargebietes hat wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben, mit der Bevölkerung in gedeihlicher Weise zusammenzuarbeiten. Auch die Bevölkerung hat den gleichen Wunsch. Ein wesentliches Hindernis für dieses gedeihliche Zusammenarbeiten bildet das saarländische Mitglied der Regierungskommission Herr Dr. Hector. Dieser besteht in der Bevölkerung gar kein Vertrauen, im Gegenteil lehnt ihn die Bevölkerung entschieden ab. Zur Erreichung eines guten Zusammenarbeitens der Regierungskommission mit der Bevölkerung bitten daher die unterzeichneten politischen Parteien und die von diesen gewählten Mitglieder des Landesrats, die in diesem 26 von 30 Sitzen inne haben, einen hohen Völkerbundsrat, Herrn Dr. Hector im Herbst dieses Jahres nicht mehr zu bestätigen und an seiner Stelle einen Mann zu ernennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb sprechen wir die Bitte aus, der Bevölkerung des Saargebietes zu gestatten, daß sie einem hohen Völkerbundsrat Männer ihres Vertrauens zur Ernennung vorschlägt. Unser Antrag geht dahin, daß dieser Vorschlag im Einklang mit den demokratischen Grundsätzen das Ergebnis einer gemeinsamen Abstimmung der Bevölkerung sein möge. Wenn eine Bevragung der Saarbevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Ernenntung des Saarbevölkerungsmitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir wenigstens, Vorschläge des Landesrates des Saarbevölkerungsmitgliedes annehmen zu wollen."

## Sturmzeichen in Italien.

Am 12. Juli berichtete in der italienischen Kammer der Finanzminister Peano über die Finanzlage des Staates. Nachdem er einen Rückblick auf das Finanzjahr 1921/22 geworfen hatte, erklärte er, daß die Aussichten für das Finanzjahr 1922/23 günstiger seien.

Bei vorsichtiger Abschätzung der Einnahmen sei das Defizit auf vier Milliarden zu veranschlagen. Der Umlauf an Zahlungsmitteln verminderte sich seit Dezember 1920 trotz der Krise im Dezember 1921, die eine neue, größtenteils bereits getilgte Emission veranlaßte, um  $\frac{1}{2}$  Milliarden. Außerdem verminderte sich der Umlauf von Zahlungsmitteln, der von Staatschätzen getragen werde, um fast 2 Milliarden 900 Millionen.

Peano sprach dann über die Frage der Reparationen, auf die Italien auf Grund der Verträge von Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon Anspruch habe, und erwähnte hierbei das in Paris von dem Sonderausschuß ausgearbeitete Programm der Forderungen, auf deren Erfüllung im laufenden Jahre man rechnen dürfe. Der Minister hob hervor, wie gering der Prozentzahlsatz sei, der Italien von den Gesamtzahlungen zugesprochen wurde, besonders von den Zahlungen seitens Deutschlands, des einzigen Staates, der imstande sei, den beträchtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Diesen beispielhaften Budgetschriften ständen die bedeutenden Summen gegenüber, die für Kriegsentschädigungen, Wiederaufbauarbeiten und Flüchtlingsunterstützungen bewilligt worden waren, nämlich insgesamt seit Einstellung der Feindseligkeiten bis zum Rechnungsjahr 1922/23 12 350 000 000 Lire sowie für jährliche

tan sind sie so gut wie unverkäuflich. Sie liegen nämlich bei Gericht deponiert, da der als ihr Besitzer bezeichnete Mensch von ihnen nichts wissen will und außerdem des Mordes angeklagt ist."

"Wie heißt der Mann?"

"Eisler!"

"Der Name ist mir gänzlich unbekannt. Wie können Sie in seinen Besitz gekommen sein?"

"Eine alte Frau, namens Nabl, hatte sie in Verwahrung."

"Auch diesen Namen habe ich nie gehört."

"Begreifen Sie es nun, daß wir es nur herausbringen können, wenn wir Schritt für Schritt den Weg verfolgen, den der Schmuck genommen hat? Wir wissen nur die letzten beiden Inhaber. In wessen Händen war er früher? Wir müssen beim anderen Ende anfangen, da Frau Nabl tot ist. Wer besaß die Ohrgehänge zuerst, nachdem sie Senkenberg verlassen hatten?"

Der Diener schwieg und starre stumm zu Boden.

Hempel begann die Geduld zu verlieren.

"Mensch — Sie sind doch ein treuer Diener und wollen Ihres Herrn Besitz! Glauben Sie, daß er jetzt, wo er weiß, daß die Schmuckstücke liegen nicht auf dem Grunde des Ozeans, Ruhe haben wird, ehe er — mehr weiß? Ghe er sie gefunden hat?"

Mark hob aufhorchend den Kopf. Dieser Gedanke war ihm offenbar noch nicht gekommen.

"Es ist wahr," murmelte er, "er wird weder Rast noch Ruhe haben jetzt — die alte Angst wird tausendfach in ihm auftreten."

Er sah Hempel fest an.

"Sie haben recht — diese Sache muß aufgedeckt werden! Ganz klar und bis auf den letzten Punkt! Und zwar so rasch als möglich!" sagte er sehr bestimmt.

Dann treiben Sie keine unnütze Geheimnisträmerei. Ihr Herr braucht nie zu erfahren, woher ich den Wink erhielt, und jedenfalls bin ich Gentleman genug, um fremde Geheimnisse nicht vor fremden Ohren auszuposaunen. Ich brauche sie lediglich für mich, um in aller Stille auszuforschen ob und welche Rechte andere an die Schmuckstücke haben."

(Fortsetzung folgt.)

Kriegsponcen eingeschließlich rückständiger Summen 1 600 000 000 Lire.

Der Minister kam dann auf die Wirtschaftskrise zu sprechen, die nicht nur auf Italien, sondern auf der ganzen Welt lastet. Er kündigte hierbei die Vorlage eines Gesetzentwurfes an, der die Mitwirkung des ausländischen, zu günstigen Bedingungen angebotenen Kapitals erleichtern sollte. Im weiteren Verlaufe seiner Rede stellte der Minister die fortwährende, wenn auch langsame Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen in Italien fest. Er erklärte, daß er über den Ernst der Lage durchaus nicht im Unklaren ist, doch müsse man für die richtige Einschätzung des Budgets in Betracht ziehen, daß einzelne Ausgaben nur einen vorübergehenden Charakter hätten, nämlich die Ausgaben für die Liquidation des Krieges im Betrage von 1 608 000 000, das Defizit in der Verwaltung der Provinziantierung in Höhe von 600 000 000 Lire, ferner die Ausgaben für Kriegsponcen und für die befreiten und erlösten Gebiete. Dennoch sei es notwendig, das Problem des Gleichgewichtes im Staatshaushalt entschlossen in Angriff zu nehmen, sei es durch Verminderung der Ausgaben, sei es durch Vermehrung der Einnahmen. Was den ersten Punkt betrifft, so beabsichtigt die Regierung, von neuem alle dem Parlament vorliegenden Gesetzentwürfe zu prüfen, um festzustellen, welche von ihnen zurückgezogen und welche so abgeändert werden können, daß ihre Rückwirkung auf das Budget weniger schwer sei. Ferner sollen durchgreifende Verminderungen in den schon geleisteten oder bewilligten Ausgaben bewirkt und von neuem alle Kredite für Arbeiten in den Häfen, für die Binnenschiffahrt, überhaupt für alle öffentlichen Arbeiten geprüft werden. Endlich beabsichtigt die Regierung nach eingehenden Studien den Übergang derjenigen öffentlichen Dienste, die mit den Funktionen des Staates nicht eng verbunden sind, an die Privatindustrie herbeizuführen.

Diesenjenigen Organisationen, die eine Folge der Kriegsperiode seien, sollten unverzüglich unterdrückt werden. Bezuglich der Vermehrung der Einnahmen erklärte der Minister, daß die gemachten Maßnahmen eine Reorganisation der Einnahmen und Umbildungen bestehender Steuern darstellten, um ihren Beitrag größer zu gestalten. Der Minister betonte, daß er sich von den Ideen leiten ließ, welche die steuerliche Gerechtigkeit wiederherstellen sollten. Insgesamt handle es sich um vermehrte Einnahmen von 1 Milliarde und 350 Millionen Lire, die dem Staatschaz zugute kommen würden, um das Defizit im Budget zu vermindern. Zwar werde es durch das Programm der Herabsetzung der Ausgaben und durch Schaffung neuer Einnahmen noch nicht möglich sein, das Gleichgewicht im Budget wiederherzustellen, aber er habe das Vertrauen, schloß der Minister, daß man wieder zu normalen Verhältnissen gelangen werde, besonders da es die seite Absicht des italienischen Volkes sei, dem Lande die Blüte der Vergangenheit, um die es beneidet wurde, wiederzugeben.

Mit der Niede gelang es dem Finanzminister nicht, die immer stärker werdende Abneigung weiter Kreise Italiens gegen das Kabinett Facta zu mildern. Stärker als je erhebt sich im Lande gegen dieses Kabinett der Vorwurf, es hätte nicht vermocht, Ruhe und Ordnung im Lande herbeizuführen und zur Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Italiens beizutragen.

Diese Stimmung trat besonders deutlich in der Kammerabstimmung am 20. Juli zutage: die Kammer sprach der Regierung mit 288 gegen 102 Stimmen ihr Misstrauen aus. Die Facta zog die Konsequenzen: er reichte sein Rücktrittsgesuch ein. Für die Facta hatten sich bei der Abstimmung die Nationalisten und die Demokraten ausgesprochen, die befürchteten, daß der Rücktritt des Kabinetts das Signal zu Unruhen bilden würde.

Unterdessen geht das Treiben der Faschisten weiter. Sie erklären mehr oder weniger deutlich, daß sie von einer Tätigkeit im Parlament sich nichts versprechen und daß sie den Kampf auf der Straße für unvermeidlich halten. Sie drohen mit ihrem Austritt aus dem Parlament und kündigen den allgemeinen Bürgerkrieg an.

In Rom sind Gerüchte über Zusammenziehungen von Faschisten vor den Toren der Hauptstadt im Umland, die unter der Bevölkerung große Unruhe hervorriefen. Es fand eine Organisationsversammlung statt, in der die zum Zwecke der Verteidigung Rom zu ergreifenden Maßnahmen besprochen wurden. Es wurde ein besonderer Ausschuß der Arbeiterverteidigung gebildet, dem alle Arbeiterorganisationen unterstellt werden sollen.

In verschiedenen Städten Italiens, zum Beispiel in Ancona, Novara und Turin fanden als Protest gegen die Gewalttätigkeiten der Faschisten Generalstreiks statt. Die Fabriken, Schiffswerften, Betriebsräderien stehen still. Die Theater und Läden wurden geschlossen.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Dem Beschuß des Misstrauensvotums für die Regierung ging eine Diskussion voraus, in der die Faschisten die Regierung kritisierten. Sie sei zu schwach, um der Lage gerecht zu werden. Falls die Reaktion gegen die Faschisten auftreten sollte, würden die leichten gewungen sein, mit der größten Energie vorzugehen. Die Reden der Linken wurden unaufhörlich von der Rechten unterbrochen. Einer der Redner erklärte, daß heute in der Räuber die Frage eine Rolle spielt, ob Italien weiter ein zivilisierter Staat sein werde.

Rom, 21. Juli. Die Minderheit, die in der Kammer für das Misstrauensvotum für die Regierung stimmte, setzt sich hauptsächlich aus der Giolitti-Gruppe und den Deputierten der Rechten zusammen. Das Präsidium der Volkspartei hat eine Entschließung angenommen, in der sie sich gegen die Teilnahme der äußersten Linken und Rechten in der kommenden Regierung ausspricht.

## Teuerungsfundgebungen in Wien.

Wien, 21. Juli. In Wien herrschte am Mittwoch vormittag einige Stunden lang Panikstimmung. Gegen 10 Uhr verbreitete sich das Gerücht, daß die Arbeiter aus den Vororten anmarschieren, um gegen die Teuerung zu demonstrieren. Am Nu veränderte sich das Strafenbild. Die meisten Geschäftsläden und Kaffeehäuser wurden geschlossen, denn die Eigentümer befürchteten eine Wiederholung der Vorfälle vom 1. Dezember vorigen Jahres. Diese Befürchtungen erwiesen sich aber als grundlos. Nur die Arbeiter von zwei Fabriken, der Kerschenfabrik in Penzing und der Simminger Waggonsfabrik, demonstrierten unter kommunistischer Führung vor dem Parlament. Sie zerstreuten sich, als die Polizei sie dazu aufforderte. Nur einige junge Leute wollten der Aufforderung keine Folge leisten. Unter ihnen befanden sich die zwei Söhne des heimischen Sowjetgärtner Schäfer. Die Polizei begnügte sich damit, ihre Namen aufzuschreiben. Nach der Kundgebung erschien eine Abordnung der Betriebsräte aller großen Wiener Industriebetriebe beim Bundeskanzler Seipel und beim Finanzminister Segur, um ihnen die Forderungen der Wiener Arbeiterschaft zu überreichen. Die Forderungen lauten: Schärfste Kontrolle der Wiener Banken durch Regierungscommissionare, Verbot der Einführung von Luxuswaren, Verhinderung von überschreitenden Preiserhöhungen und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Der Kanzler erwiderte, es sei zu hoffen, daß mit Kraften des Finanzplanes ein Sinken der fremden Salutentlastungen werde und ein Sinken der Preise für Lebensmittel sich einstellen werde.

## Verbot des freien Devisenhandels in Wien.

Wien, 21. Juli. Die Untersagung des freien Devisenhandels hat in Wien vorgestern eine große finanzielle

Verwirrung zur Folge gehabt, da sie ganz unerwartet in Kraft trat. Die meisten Banken hatten ihre Abteilung für den Verkehr mit fremden Zahlungsmitteln geschlossen. Dreißig Mitglieder des Verbandes der Devisenhändler wurde das Telefon polizeilich gesperrt. Die Devisenzentrale konnte nur unter den größten Schwierigkeiten die noch vorliegenden Geschäfte beenden, da sie nicht über ein entsprechendes Kapital verfügte. Als erst gegen 2 Uhr nachmittags die offiziellen Kurse festgestellt wurden, kam es heraus, daß eine wesentliche Herabsetzung der Devisen nicht möglich gewesen war. In finanziellen Kreisen beurteilt man diese neueste Maßregel der Regierung sehr skeptisch und ist allgemein überzeugt, daß sie nicht von langer Dauer sein wird. Das von der Regierung festgestellte Clearingverfahren arbeitet so, daß die Wiener Banken wohl Verkaufs- und Aufkaufsanträge entgegennehmen können, aber kein Fremder kann sofort für sein ausländisches Geld österreichische Kronen erhalten. Es muß abwarten, bis das Geld im offiziellen Clearing verläuft ist. Die Devisenzentrale gibt nur dann Devisen aus, wenn der dringende Bedarf an dem Warenverkehr gelaubt gemacht wird.

## Das Ende der Rathenaumörder.

Berlin, 21. Juli. Es stellt sich jetzt heraus, daß der eine der beiden Rathenaumörder, Kern, gar nicht sich selbst gerichtet hat, sondern am Turmfenster der Ruine Saale stand, von dem Halleiner Polizeibeamten erschossen worden ist. Die Beamten fühlten sich durch die Pistolen, die sie in den Händen der Verfolgten sahen, bedroht, und glaubten wohl, sie zu mindest von dem Fenster verschrecken zu müssen. Dabei, sie offenbar eine Kugel Kern in den Kopf getrieben. Sicher hat ihn dann, wie es scheint, aufs Bett gelegt und mit Wattebüschchen versucht, das Blut zu stillen. Als er ihm unter den Händen wegstarb, hat er sich selbst den Tod gegeben. Auf diesen Sachverhalt wenigstens schließt die Halleiner Polizei aus den Spuren im Gemüse, in dem die beiden Leichen aufgefunden wurden; doch bleibt noch manches rätselhaft. Ein Beamter der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums weilt zurzeit in Saale, um endgültige Feststellungen zu machen, und wird nach seiner Rückkehr nach Berlin Bericht erstatten. Das Berliner Polizeipräsidium wird dann umgehend amtlich eine ausführliche Darstellung der bisher noch unangestörten letzten Tage und Stunden geben, die die Flucht der Mörder beendeten. — Die Abteilung Ia ist daher auch noch nicht damit beschäftigt, den Weg festzustellen, den die Mörder von Wismar bis nach Saale nahmen. Zahlreiche neue Verhaftungen von Helfern sind schon wieder vorgenommen, weitere stehen bevor. Dr. Stein, der Bewohner der Burggruine, ist noch nicht nach Berlin gebracht worden, er wird noch von Naumburger Staatsanwalt bestreitet, bis der Mordwissenschaftler.

## Das Schlußwort des Wilsonmörders.

London, 21. Juli. Bei Fällung des Todesurteils gegen die beiden Mörder des englischen Feldmarschalls Wilson erklärte der Angeklagte Dunn: „Ich habe im Felde gestanden und habe für die Ideale gekämpft, für die die alliierten Mächte angeblich in den Krieg zogen. Aber ich wußte schon, daß diese Grundsätze in einem Vaterland gegenüber nicht anwendungsfähig waren.“

Mit der Niede gelang es dem Finanzminister nicht, die immer stärker werdende Abneigung weiter Kreise Italiens gegen das Kabinett Facta zu mildern. Stärker als je erhebt sich im Lande gegen dieses Kabinett der Vorwurf, es hätte nicht vermocht, Ruhe und Ordnung im Lande herbeizuführen und zur Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Italiens beizutragen.

Diese Stimmung trat besonders deutlich in der Kammerabstimmung am 20. Juli zutage: die Kammer sprach der Regierung mit 288 gegen 102 Stimmen ihr Misstrauen aus. Die Facta zog die Konsequenzen: er reichte sein Rücktrittsgesuch ein. Für die Facta hatten sich bei der Abstimmung die Nationalisten und die Demokraten ausgesprochen, die befürchteten, daß der Rücktritt des Kabinetts das Signal zu Unruhen bilden würde.

Unterdessen geht das Treiben der Faschisten weiter. Sie erklären mehr oder weniger deutlich, daß sie von einer Tätigkeit im Parlament sich nichts versprechen und daß sie den Kampf auf der Straße für unvermeidlich halten. Sie drohen mit ihrem Austritt aus dem Parlament und kündigen den allgemeinen Bürgerkrieg an.

In Rom sind Gerüchte über Zusammenziehungen von Faschisten vor den Toren der Hauptstadt im Umland, die unter der Bevölkerung große Unruhe hervorriefen. Es fand eine Organisationsversammlung statt, in der die zum Zwecke der Verteidigung Rom zu ergreifenden Maßnahmen besprochen wurden. Es wurde ein besonderer Ausschuß der Arbeiterverteidigung gebildet, dem alle Arbeiterorganisationen unterstellt werden sollen.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Dem Beschuß des Misstrauensvotums für die Regierung ging eine Diskussion voraus, in der die Faschisten die Regierung kritisierten. Sie sei zu schwach, um der Lage gerecht zu werden. Falls die Reaktion gegen die Faschisten auftreten sollte, würden die leichten gewungen sein, mit der größten Energie vorzugehen. Die Reden der Linken wurden unaufhörlich von der Rechten unterbrochen. Einer der Redner erklärte, daß heute in der Räuber die Frage eine Rolle spielt, ob Italien weiter ein zivilisierter Staat sein werde.

Rom, 21. Juli. Die Minderheit, die in der Kammer für das Misstrauensvotum für die Regierung stimmte, setzt sich hauptsächlich aus der Giolitti-Gruppe und den Deputierten der Rechten zusammen. Das Präsidium der Volkspartei hat eine Entschließung angenommen, in der sie sich gegen die Teilnahme der äußersten Linken und Rechten in der kommenden Regierung ausspricht.

Rom, 21. Juli. Dem Beschuß des Misstrauensvotums für die Regierung ging eine Diskussion voraus, in der die Faschisten die Regierung kritisierten. Sie sei zu schwach, um der Lage gerecht zu werden. Falls die Reaktion gegen die Faschisten auftreten sollte, würden die leichten gewungen sein, mit der größten Energie vorzugehen. Die Reden der Linken wurden unaufhörlich von der Rechten unterbrochen. Einer der Redner erklärte, daß heute in der Räuber die Frage eine Rolle spielt, ob Italien weiter ein zivilisierter Staat sein werde.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Dem Beschuß des Misstrauensvotums für die Regierung ging eine Diskussion voraus, in der die Faschisten die Regierung kritisierten. Sie sei zu schwach, um der Lage gerecht zu werden. Falls die Reaktion gegen die Faschisten auftreten sollte, würden die leichten gewungen sein, mit der größten Energie vorzugehen. Die Reden der Linken wurden unaufhörlich von der Rechten unterbrochen. Einer der Redner erklärte, daß heute in der Räuber die Frage eine Rolle spielt, ob Italien weiter ein zivilisierter Staat sein werde.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Rom, 21. Juli. Das „Giornale d'Italia“ gibt als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Orlando an. Nach Ansicht des Blattes soll er die Volkspartei und die Demokraten hinter sich haben, vielleicht auch noch die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten.

Ihr Stadtbäcker, mit der dringenden Bitte, Vorkehrungsmaßnahmen gegen die ständig steigende Teuerung zu treffen. Unter den Produzenten, Kaufleuten, Vermittlern und Händlern von Artikeln erfreuen Bedarfsbefinden sich unehrliche Leute, Wucherer, Kettenhändler, welche die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung ausnutzen, Warenpreise von unmöglicher Höhe und in vollkommen beliebiger Weise festsetzen. Auf diesem Wege tragen sie mit den erworbenen Millionen doch nicht zum Wohl des Staates bei, sondern bereichern nur sich selbst, wo andere neben ihnen verarmen. Wir Frauen der verschiedensten Gesellschaftsstufen, in deren Händen besonders das Wirtschaften mit dem verdienten Gelde liegt, protestieren energisch gegen einen solch unmäßigen Zustand der Lebensbedingungen. Solch ein gewissenloses Vorgehen ruft in der gesamten Bevölkerung nicht nur in der Stadt Posen, sondern in ganz Großpolen eine starke und berechtigte Entrüstung und eine Stimmlung hervor, welche die Ordnung und Sicherheit des Staates gefährdet. Der Ministerrat hat zwar die Belästigung der Teuerung beschlossen; Lemberg fordert schon das Infrastruktur dieses Beschlusses, und wir fordern, daß der hochwohlgeborene Magistrat unverzüglich sich mit dieser Angelegenheit befaßt, um das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen zu retten, welche doch den Reichstum und die Kraft der Nation darstellen. Wir fordern nicht nur, daß dem Steigen der Preise Einhalt geboten wird, sondern daß man Anstrengungen unternehme, die eine Herabsetzung und Vereinheitlichung der Preise ebenfalls herbeiführen.

# Vermittelung von Stipendien. Die Bandesvereinigung des Deutschenbundes ist in der Lage, einige besonders wertvolle Stipendien auf der Universität Marburg a. d. Lahn zu vermitteln. Interessenten wollen sich daher an die Geschäftsstelle, Brumberg, ul. 20. Słocznia 20. r. Nr. 37, wenden, wo die näheren Bedingungen zu erfahren sind.

# Vom Hundesang. Um der übermäßigen Hundepopulation in Posen vorzubeugen, beauftragte das Starostwo Grodzkie in Posen die thermodynamische Asbestverwertungsanstalt in Główno zum Einfangen der frei in den Gärten, Anlagen usw. umherlaufenden Hunde. In Betracht kommen auch jene Hunde, welche keine Steuermarke tragen, ohne Rücksicht darauf, ob sie unter Aufsicht sind oder nicht. Die eingefangenen Hunde können in der Posener Asbestverwertungsanstalt in Główno gegen eine Gebühr von 500 M. für das Einfangen und 200 M. für die tägliche Versorgung abgeholt werden.

# Der angebliche Raubüberfall im Hotel Apollo, von dem wir in der Nr. 159 berichteten, hat sich nach weiterer Untersuchung als eine „Privatangelegenheit“ zwischen den beiden Beteiligten entpuppt.

\* Culmsee, 15. Juli. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß die Stadt durch die im vergangenen Winter beobachtigte Verjüngung der Bevölkerung mit billigen Kartoffeln einen Verlust von 140 000 M. erlitten hat, da seinerzeit ein Preissturz für Kartoffeln eingetreten war und der erwartete Bedarf nicht eintrat. Von 286 angekauften Benttern wurden nur 86 Bentner verkauft! 70 Bentner gingen durch Schwund und Verderben verloren, der Rest wird für die Wollflechte und zur Aussaat benutzt. — Es wurden sodann 10 000 M. zur Errichtung eines Denkmals für Amerika bewilligt.

## Handel, Gewerbe und Verkehr. Kurje der Posener Börse.

Offizielle Kurse: 20. Juli 21. Juli

4proz. Brüm.-Staatsanl. (Miljo- nowta

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 20. Juli.

**Das Wetter, die Ernte und die Preise.**

Über das Wetter und seine Folgen laufen jetzt verschiedene Meldungen von allen Orten ein. In Deutschland, Frankreich und der Schweiz herrschten heftige Stürme und Regengüsse, die teilweise sogar in Schneefall übergingen. Sogar in der Umgebung von Orleans, d. h. in der Breite von München und Wien, wurden Nachfrüchte festgestellt. In Polen wurden mehrfach schwere Verwüstungen angerichtet, besonders an Telegraphenlinien, Dächern, sowie in Parks, Obstgärten und Getreidefeldern. In Posen konnte man an verschiedenen Stellen umgelegte Bäume bemerken; aus Bromberg und Thorn wird dasselbe gemeldet. Stellenweise wurde der Eisenbahnverkehr durch Bäume, die auf die Schienen gefügt waren, behindert.

Selbst nach Ansicht der Landwirte hat es nun zur Genüge geregnet. Für die Roggenernte kam der Regen ziemlich unzulänglich, aber die Haferfrüchte (Rüben und Kartoffeln) haben durch die niedergangenen Wassermengen eine sehr nötige Erfrischung erhalten. Die Getreideernte ist durch die Witterungsverhältnisse dieses Jahres so hinausgeschoben worden, daß das Jahr des Landmannes diesmal, wie man sagt, 18 Monate hat. Schon im Frühjahr war das Wetter ungünstig, sonst hätte man früher Heu, eine frühere Ernte, somit auch früher Stroh gehabt. Außerdem trägt noch zur Verlängerung des landwirtschaftlichen Jahres bei die Futterknappheit des vergangenen Jahres.

Nach der starken Abflöhlung, welche die Regengüsse gebracht hatten, war schon gestern wieder eine Erwärmung zu verzeichnen, die Nadel des Barometers stellte sich immer günstiger, und heute läßt sich der Himmel mehr und mehr auf und die liebe Sonne zeigt wieder ihr Angesicht.

Am Siebenstädtertag (27. Juni) hat es ziemlich stark geregnet; doch hatten wir schon Anfang Juli eine größere Zahl von ganz trockenen Tagen, und wie voriges Jahr, so dürfte auch diesmal der Glaube an die sieben Regenwochen Lügen gestraft werden. Ein Danziger Wetterkundiger hat, wie schon in Nr. 141 (27. Juni) unseres Blattes (Beilage) gemeldet, ab Mitte Juli größere Hitzesphärenzeit, die jedoch von Gewittern unterbrochen sein soll. In der Zeit um den 9. Juli hat er Regen verhendet, was nicht eingetroffen ist, desgleichen sei Regen um den

18. Juli zu erwarten, was eingetroffen ist. Für den Rest des Monats verspricht uns der Wetterprophet noch um den 24. und 31. Juli Regen mit nachfolgender Kühle. Warten wir ab, ob sich seine Weissagungen erfüllen.

Vom Wetter ist der Ertrag der Ernte abhängig. Wir dürfen dies Jahr, was Getreide anbetrifft, eine gute Mittelernte erwarten. Von der Ernte sind wieder die Brotpreise abhängig. Und die Brotpreise sind der Grabmesser für den allgemeinen Stand der Preise.

In Polen waren schon im Januar d. Js. die Kosten des Lebensunterhaltes auf das ca. 469fache der Friedenszeit gestiegen. Abgesehen von Sowjetrußland bleibt Polen nur noch hinter Österreich zurück, wo die Preise sogar auf das 652fache der Vorkriegszeit gestiegen sind. Anders in den reichen Ländern des Westens. Währung bei uns Monat für Monat die Teuerung wächst, ja sich die Preise für wichtige Nahrungsmittel sogar von Woche zu Woche erhöhen, gehen die Ernährungskosten in England und Frankreich beständig zurück. Im März betragen in Paris die Ernährungskosten nur noch das 2,9fache der Vorkriegszeit. In Nordamerika vollends, sowohl in Kanada wie in den Vereinigten Staaten, betragen die notwendigen Ausgaben für Ernährung nur wenige Prozente mehr als vor dem Kriege, so daß bei weiterer Verbilligung bald der Vorkriegsstand der Preise erreicht sein wird. Man sollte erwarten, daß jene Länder mehr für das verarmte Osteuropa töten, vor allem indem Amerika, England und Frankreich die Schulden erledigen, Frankreich die Reparationssumme herabsetzen und den verarmten ost-europäischen Völkern Anleihen zu günstigen Bedingungen gewährt würden.

X Unbefugtes Tragen von Orden. Immer häufiger werden die Fälle, daß Zivilpersonen polnische oder ausländische Orden und Kriegsabzeichen tragen, ohne dazu berechtigt zu sein. Daher ist die Polizei angewiesen worden, sich in verdächtigen Fällen von den Trägern solcher Abzeichen einen Berechtigungschein vorzeigen zu lassen. Zum Tragen von Ehrenzeichen nicht Berechtigte unterliegen der Bestrafung. Die Abzeichen müssen sie gegen Enttägung abliefern.

X Landesflaggen für alle Schulen. Das Kuratorium des Posener Schulbezirks bringt in einem Kundschreiben allen Schullehrern in Erinnerung, daß jede Schule im Besitz einer Fahne in den Landesfarben sein müsse. Diese Fahnen

seien an Nationalfeiertagen sowie örtlichen oder Schulfestlichkeiten auszuhangen.

# Neue Tiere im Posener Zoologischen Garten. Die Firma L. Ruhe in Alsfeld (a. d. Leine) überwies dem Posener Zoologischen Garten wieder eine Reihe interessanter Tierexemplare und zwar: ein Paar riesige *Aubris-Paviane* und zwei Paar *Amazonen*. Vier weitere Tiere aus dem Geschlechte der sogenannten *Demuren* (*lemur macao* und *lemur mongoz*). Die genannten Affen werden sicher eine große Anziehung unseres Zoologischen Gartens bilden. Außerdem wurden für die Vogelabteilung zwei Paar herrlicher grüne *Papageien*, sogenannte *Amazonen*, die in Südafrika leben, angekauft. Möge sich daher jeder beeilen, diese neuen exotischen Tiere zu besichtigen und dadurch zur Füllung der schönen Kasse des Zoologischen Gartens beitragen, damit dieser imstande ist, die Frachtosten für diese Tiere zu decken.

# Das Café Savoy in der ul. Szczecinskiej (Lindenstraße) ist durch einen Betrunkenen um zwei sehr wertvolle Schaufensterscheiben gekommen.

# Auf frischer Tat ertappt wurden zwei junge Burschen, als sie durch Einschlagen des Küchenfensters den Restaurationsbesitzer G. Sw. Marcin (St. Martinstraße) 84 bestohlen wollten.

Pf. Festnahme einer diebischen Postbeamten. Der Kriminalpolizei ist es gestern gelungen, eine Briefdiebin festzunehmen. Vor ungefähr einer Woche wurde von einer hiesigen Firma ein Brief (Eingeschrieben) nach Warsaw ausgegeben. Dieser Brief, der 400 000 M. enthielt, erreichte zwar seinen Empfänger, jedoch ohne Inhalt. Man suchte überall nach und gelangte endlich an einen Schalter des Postamts I in Posen, wo eine Beamte noch 300 000 M. bares Geld — aufgespart hatte. Hunderttausend Mark hatte diese svariane Beamte schon ausgegeben. Sie war geständig, daß Geld entwendet und den leeren Brief weitergezahlt zu haben.

# Festgenommen wurden: 5 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Überschreitens der deutsch-polnischen Grenze, 1 wegen Urkundenfälschung, 2 Personen, die ins Gefangenensein in Stralsund gehörten, 1 Person, die in die Fürsorgeanstalt in Schubin gehört, 1 Person wegen Einschlags von zwei Schaufensterscheiben und 17 (1) Prostituierte.

är. Grätz, 19. Juli. In der vergangenen Nacht statteten Diebe der hiesigen evgl. Kirche einen Besuch ab und nahmen zwei große Bronzelampen und eine Altardecke mit. Es ist dies in kurzer Zeit der dritte Kirchendiebstahl.

Berantwortlich: für Politik und Handel: J. B. Theodor Kania; für Volks- und Provinzialzeitung, Kunst und Wissenschaft: J. B. Dr. Martin Meissner für den Anzeigenkatalog: W. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., ähnlich in Poznań.

Photogr. Atelier  
„beim Schloss“  
(S. W. Marcin 87).  
Moderne Porträts  
für Legitimationen.  
Auf eilige Photographien  
kann gewartet werden.

Haus 8106  
5 Wohnungen,  $\frac{3}{4}$  Mrq. Land  
— tanische —  
gegen Wirtschaft von  
40—60 Morgen  
mit totem a. lebend. Inventar.  
Privat bevorzugt.  
Ausführliche Angebote an  
Szarszewski, Fürstenwalde  
Wriezenerstr. 1b.

Jagdhund,  
möglichst im dritten Felde, nur  
mit sehr guter Dressur auf  
Hähner und Hasen, sowie ein  
Drilling —  
mit sehr guter Schußleitung  
mit oder auch ohne Zielfernrohr,  
neu oder wenig gebraucht  
aber gut erhalten zu kaufen  
gesucht. Angebote an  
„PAR“ Annoncenbüro  
Posen. Dr. Ratajczak 8  
unter Nr. 29, 110. [377]

150 neue Eisenbahnschwellen  
(2,40/2,50, 0,13/0,15, 0,20/0,22),  
2 eiserne Reservoirs,  
ca. 6100 Liter Fassungsvermögen, ab zu geben.  
Offeraten unter H. 8109 an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes erbettet.

8102) Kaufe  
jeden Posten hiesigen  
Blättertabak.

Zahle Höchstpreise und bitte um Offeraten.  
Cz. Nowak, Posen,  
plac Sapieżyński 6.

Zeitungsbestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit  
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für die Monate August - September 1922  
durch die Post zum Preise von M. 440.— monatlich  
zuzüglich Zustellgebühr.

Es darf auch jeder Monat einzeln bestellt werden.

Name \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Verband der Güterbeamten  
für die Provinz Poznań  
hält am

23. Juli 1922  
in Szczecyn (früher Sedan) sein

**Sommervergnügen**

ab. — Badegelegenheit — Verlosungen — Feuerwerk — Militärtanzkonzert u. sonstige Überraschungen.  
Freunde und Gönner des Verbandes sind  
hiermit gerne eingeladen.

Absahrt der Bühne Richtung Lawica: . 815, 1445, 1645.  
277] Szczecyn: . 905, 1435.

Bei schlechtem Wetter fällt das Vergnügen aus.

Der neue polnische  
**Post-Tarif**  
auf Karton und mit Post versehen.  
Preis Mark 20,—  
zu bezahlen durch die  
Posener Buchdruckerei, Verlagsanstalt T. A.  
Posen, ulica Zwierzyniecka 6.

**1 Uhrmacherladen**

in bester Lage mit kompletter Laden- und Schaufenster-Einrichtung und anschließender Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Keller und Stallung, sofort abzutreten.  
Gef. Offert. u. a. 2. 7928 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Neueres Hausgrundstück**  
in Stadtmitte Poznańs gegen sofortige Barzahlung  
zu kaufen gesucht.  
Offeraten unter B. 8114 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbettet.

**Deutsche Schäferhündinnen**  
8 Wochen alt, hell und dunkel wolfshaarig, aus hervorragender Abstammung, verkauf.  
Albert Poinke, Bojanowo, pow. Nawicz.

Dom. Przyborówko, poczta Szamotuły,  
hat, da überzählig.

**2 Ackerpferde und  
ein 3jhr. Fohlen**  
abzu-  
geben.

**Teatr Pałacowy.**

**Die Rache der Diana Vernon**

Grossartiges Sensations-Drama aus dem Pariser Leben in 2 Serien

**Heute 1. Serie**  
unter dem Titel: „**Tique Bube**“.  
In der Hauptrolle die  
als Schönheit bekannte **Filda Karsay**.

**Vorstellungen um 4½, 6½ u. die letzte um 8½ Uhr.**

Einfach  
möbl. Zimmer  
per 1. 8. gesucht.

Offeraten nebst Preisangabe unt.  
8104 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbettet.

Junger Kaufmann  
sucht besseres  
möbl. Zimmer  
evtl. mit voller Pension im  
Zentrum der Stadt. Angebot  
mit Preis unt. L. 8115 an d.  
Geschäftsstelle d. Blattes erbettet.

**Belohnung.**

Auf Grund des § 100 der Polizeiverordnung über die Straßenordnung vom 2. 9. 1913 habe ich mit Zustimmung des Magistrats die Vertreter der Posener thermoochemischen Asbestverwertungsgesellschaft G. m. b. H. in Głownia zum Fangen von in den Straßen der Stadt Poznań ohne Aufsicht herumlaufenden Hunden und zum Einfangen von auf Straßen, Plantagen usw. herumlaufenden Hunden ohne Rücksicht darauf, ob sie unter Aufsicht sind oder nicht, ermächtigt.

Eingesogene Hunde können innerhalb drei Tagen in der Bewertungsanstalt gegen eine Gebühr von 500 Mark für das Einfangen und 200 M. täglich für die Ernährung abgeholt werden.

Poznań, den 18. Juli 1922.

Der Leiter des Starostwo Grodzkie.  
(—) mp. Dietl.

**Heirat.**

Welch junge, gebildete Gutsbesitzerstochter im Alter bis 25 würde einem evgl. Landwirt, bisheriger, im Alter von 35 Jahren, ca. 50 Millionen Vermögen zwecks Einheirat in ein Gut 600 Morgen ab zu geben?

Gef. Zuschriften unter 8105 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Für 800 Morgen großes Gut intensive, aber bequeme Rübenwirtschaft wird

**Bertrauensperson**  
als selbstständig. Berwälter

zum 1. Oktober d. J. gesucht. Berwälter wohnt im Auslande. Angebote unter J. G. 8069 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbettet.

Suche zum 15. 8. oder 1. 9. einen

**Feldassistenten**

welcher ca. 3 Jahre Praxis hat, unter meiner persönlichen Leitung. Polnische Sprache Bedingung, desgl. energisch und absolut zuverlässig. Zeugnissabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche an

**Begabter Quintaner**  
(Realgymnasium)  
findet unentgeltliche Aufnahme zur  
Mitterziehung  
auf dem Lande (Bez. Posen)  
für etwa 3 Jahre. Der Unterricht wird durch bewährte Lehrkräfte erteilt. 8110 Probeausenthalt während der jetzigen Ferien. — Angebote sind zu richten an den  
Frauenbund Poznań,  
Wały Leszczyńskie 2.

**2 Freundinnen,**  
hell u. dunkelblond, suchen zw. Heirat auf diesem Wege  
Herrenbekanntschafft.  
Alter 20 u. 22 Jahre. Einiges Vermögen vorhanden. — Gef. Offert. mit Bild, welches zurückgegeben wird, unt. N. S. 8107 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Egl. Landdame,**  
400 000 Mark Vermögen und  
Autosteuer, 38 J., wünscht  
Herrenbekanntschafft  
zwecks Heirat. — Angebote unter „Einjam 8113“ an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Vensterglas**  
in allen Sorten.  
Gläserdiamanten,  
Bilderrahmen  
liefern L. Zippert,  
Gniezno.

Kirchennachricht.  
Kapelle der Diakonissen-Anstalt, Sonnabend, 8: Wochen schlafg. Sarow. Sonntag 10: Gd. Der.

**Stellengefuchs.**  
Intelligente  
**junge Dame**,

die im Buchhandel erfahren und sich besonders als Verkäuferin eignet, sucht in Posen passende Stellung, oder auch in anderer Branche gleich oder später. — Sie ist in jeder Hinsicht als Verkäuferin zuverlässig zu empfehlen. Gef. Angebote unter N. 8101 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.